

Von den Grenzen und Notwendigkeiten des Wirtschaftswachstums

# Transformationsdiskurse und Verteilung

Brauchen wir Wirtschaftswachstum und, wenn ja: welcher Art? In der Forschung existieren ganz unterschiedliche Positionen. Die einen sehen es als Vorbedingung für gesellschaftliche Transformation, die anderen sind der Ansicht, dass es langfristig nicht haltbar ist, da bereits jetzt einige der „planetaren Grenzen“ überschritten sind.

Von Ulrich Petschow

Hinsichtlich der Diskussionen um gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven werden in der Folge typisierend vier unterschiedliche Diskurse festgemacht, die sich mit Blick auf die Regulierung und den Fokus auf Wachstum unterscheiden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass innerhalb des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Diskurses die angeführten Positionen Randdiskussionen darstellen. Die Diskurse lassen sich entlang der Linien Rolle des Wachstums und institutionelle Veränderungsnotwendigkeiten strukturieren.

## Position 1: Grünes Wachstum

Wirtschaftswachstum ist keineswegs obsolet, sondern vielmehr eine Vorbedingung dafür, dass die gesellschaftlichen Transformationen bewerkstelligt werden können. Dabei können mit Blick auf die Dimension der Regulierung und der Institutionalisierung weitere Positionen unterschieden werden. Eine Position geht im Sinne der Kuznets-Kurve davon aus, dass sich mit dem Wirtschaftswachstum langfristig automatisch neue kulturelle Muster ergeben (z.B. Paqué 2010). Des Weiteren lassen sich Positionen finden, die den Fokus auf neue grüne Märkte und Technologien legen (z.B. Jänicke in diesem Heft). Schließlich ist die Position des „New Green Deal“ abzugrenzen, die zwar den technologischen Optimismus teilt, diesen aber mit politischen Gestaltungsoptionen verbindet (z.B. Fücks 2011). Diese Position wird insbesondere vor dem Hintergrund der Herausforderungen in den Schwellen- und Entwicklungsländern vertreten.

## Position 2: Grenzen des Wachstums

Diese Position wird dadurch charakterisiert, dass Wirtschaftswachstum (insbesondere mit Blick auf das Bruttoinlandsprodukt – BIP) langfristig nicht haltbar ist, da bereits heute die „pla-

netaren Grenzen“ überschritten sind. Die Vorstellungen von einer Entkopplung von wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltbelastungen haben sich als trügerisch erwiesen. Durch den Rebound-Effekt werden Effizienzgewinne wieder infrage gestellt (Madlener/Alcott 2011). Insofern gilt es, andere (Wohlstands-) Modelle (und Indikatoren) für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Die Spannweite dieser Ansätze ist groß und bezieht auch Positionen ein, die auf institutionelle Veränderungen zielen, wie beispielsweise der Diskurs zur Postwachstumsgesellschaft (Seidl / Zahrt 2010). Die wesentliche Gemeinsamkeit dieser Positionen besteht vor allem in der Einschätzung der Begrenztheit der Ansätze für grünes Wachstum.

## Position 3: Verfügungsmacht und institutionelle Strukturen haben Priorität

Verfügungsmacht und Verteilungsgerechtigkeit stehen im Vordergrund jeglicher gesellschaftlicher Weiterentwicklung gerade auch mit Blick auf die Grenzen des Umweltraums. Auch hier sind die Zugänge breit gestreut: von den Positionen beispielsweise des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (neue (partizipative) Entscheidungsverfahren und -strukturen werden benötigt) bis zu den Vertretern von Degrowth-Ansätzen (Verfügungsmacht und Gerechtigkeitskriterien für eine nachhaltige Gesellschaft stehen im Vordergrund). Im Fokus entsprechender Vorstellungen steht damit eine Art Einbettung oder Einhegung des Marktes, wodurch die Möglichkeit gesellschaftlicher Steuerung im nachhaltigen Sinn eröffnet wird. Erst radikal veränderte gesellschaftliche Steuerungsstrukturen ermöglichen demnach überhaupt den Zugang zu einer nachhaltigen Entwicklung im globalen Maßstab. Zudem stehen Verteilungseffekte entsprechender Politiken im Vordergrund.

## Position 4: Neue Formen gesellschaftlicher Gestaltung

Diese Position geht davon aus, dass in den bestehenden Systemen eine erforderliche weitreichende Veränderung nicht machbar ist und insofern neue Modelle des menschlichen Zusammenlebens (vielfach Bottom-up) geschaffen beziehungsweise entwickelt werden müssen. Dementsprechend geht es um die Entwicklung neuer (nachhaltiger) Lebens- und Organisationsformen, die einerseits gewisse Vorbildfunktionen übernehmen und die andererseits im Sinne von Graswurzelbewe- →

gungen auch eine eigene organisatorische Struktur und Entwicklungsdynamik hervorbringen können. Dazu gehören Ansätze, die ein anderes Mensch-Umwelt-Verhältnis fördern – beispielsweise *buen vivir* (nicht Bottom-up), die *Solidarity Economy* (Exner/Lauk 2012), die sich gerade mit Blick auf die Verfügungsmacht und Gestaltung nachhaltiger Wertschöpfungsketten definiert, aber durchaus auch Ansätze von Genossenschaftsbewegungen oder das Ökodorf „Sieben Linden“ und die Diskurse um die neuen Gemeinschaftsgüter.

Insofern existiert ein breiter Strauß von Entwicklungsvorstellungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Gleichwohl sind all diese Vorstellungen in der politischen Realität kaum handlungsleitend. Wachstumsbegrenzung gilt im aktuellen politischen Alltagsgeschäft überwiegend als No-go-Area (insbesondere auf internationaler Ebene (Fücks 2011) – obgleich die Anerkennung der planetaren Grenzen zum Allgemeingut wird, wie der aktuelle Bericht der Arbeitsgruppe 3 der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ (2012) verdeutlicht. Die Exit-Option „Grünes Wachstum“ steht vor allem auch aufgrund des unterstellten Zusammenhangs der Möglichkeit der Entkopplung im Vordergrund (SRU 2012).

Mit Blick auf die internationale Diskussion ist festzustellen, dass von der Rio+20-Konferenz sehr begrenzte Wirkungen ausgegangen sind. Zum einen war die mediale Rezeption eher verhalten, zum anderen waren die inhaltlichen Impulse begrenzt. Gleichwohl sind einige Impulse gesetzt worden, unter anderem zur Frage der Indikatorenentwicklung (vgl. kritisch dazu Diefenbacher in diesem Heft) und zu den Entwicklungsvorstellungen, wie sie im Kontext der UNEP-Studie „Green Economy“ vorangebracht worden sind (UNEP 2011). Mit Blick auf die Vorstellungen der Green Economy erweist sich die Blickwende beziehungsweise -erweiterung in Bezug auf die Investition in natürliches Kapital als hoch relevant, auch wenn die „In-Wert-Setzung“ und damit die Marktförmigkeit der Ökosystemdienstleistungen infrage zu stellen ist (Unmüßig et al. 2012). Gleichwohl wurde sowohl im Vorfeld als auch auf der Konferenz deutlich, dass entsprechende Konzepte unter dem Vorbehalt der Verfügungsrechte, aber auch der Verteilungseffekte stehen. Sunita Narain zeigt in diesem Heft die institutionellen Vorbedingungen für eine Grüne Wirtschaft gerade mit Blick auf die Verfügungsrechte auf.

Darüber hinaus macht die internationale Debatte im Rahmen der Rio+20-Konferenz deutlich, dass die Verteilungseffekte von Transformationspolitiken auf dem Prüfstand stehen müssen. Auch jenseits der Kapitalmarktkrisen ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich geworden, dass die Versprechen des wirtschaftlichen Wachstums, nämlich die Verteilungskonflikte durch Zuwachs zu entschärfen, wie sie auch von den Vertretern des Grünen Wachstums gegeben werden, so nicht mehr gehalten werden können. Die Schere in der Einkommens- und Vermögensverteilung klapft zunehmend auseinander (vgl. zuletzt für Deutschland: Bundesregierung 2012; und international: The Economist 2012).

Die Verteilungsfrage macht die Dimensionen und die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung deutlich und die-

se Herausforderung gilt mithin für alle angeführten Transformationsvorstellungen.

Insofern wird es entscheidend sein, dass einerseits die Verteilungswirkungen in den Blick genommen werden und andererseits gute Beispiele alternativer Entwicklung vorangebracht werden, um neue Entwicklungsleitbilder zu generieren und zu verankern. Diese müssen sich insbesondere in den gesellschaftlichen Steuerungsstrukturen wiederfinden, um eine größere Reichweite zu erhalten.

Für die Forschung bedeutet dies, die Hemmnisse herauszuarbeiten, vor denen konkrete Wandlungsprozesse (oder Experimente) stehen, und aufzuzeigen, wie die Rahmenbedingungen verändert werden können. Auf der Ebene der Technik werden solche Ansätze beispielsweise des strategischen Nischen- und Transitionsmanagements diskutiert. Für die erforderlichen sozialen Innovationsprozesse liegen solche Vorstellungen bislang kaum vor und müssen vor allem auch mit Blick auf die und in enger Verbindung mit den institutionellen Strukturen und den Verteilungswirkungen entwickelt werden.

#### Literatur

- Bundesregierung (2012): Lebenslagen in Deutschland. Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Stand 17.09.2012.
- Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ (2012): Projektgruppe 3. Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt. Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung. Kommissionsdrucksache 17(26)82 24.
- Exner, A. / Lauk, Chr. (2012): Social Innovations for Economic Degrowth. In: Solutions 3, 4/2012.
- Fücks, R. (2011): Das Wachstum der Grenzen. In: Böll Thema 2/2011. S. 4-6.
- Madlener, R. / Alcott, B. (2011): Herausforderungen für eine technisch-ökonomische Entkopplung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum. Kommissionsdrucksache M-17(26)13 12. Dezember 2011.
- Paqué, K. H. (2010): Wachstum: Die Zukunft des globalen Kapitalismus. München, Carl Hanser Verlag.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU): Umweltgutachten 2012 „Verantwortung in einer begrenzten Welt“. Berlin.
- Seidl, I. / Zahrnt, A. (Hg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg, Metropolis-Verlag.
- The Economist: Inequality and the world economy. True Progressivism. In: The Economist, 13. Oktober 2012. Im Internet unter: <http://www.economist.com/node/21564556>
- UNEP (2011): Towards a Green Economy. Pathway to Sustainable Development and Poverty Eradication.
- Unmüßig, B. / Sachs, W. / Fatheuer, Th. (2012): Kritik der grünen Ökonomie. Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft. Heinrich Böll Stiftung. Band 22 der Schriftenreihe Ökologie. Berlin, Böll-Stiftung.

#### ■ AUTOR + KONTAKT

**Ulrich Petschow** ist seit 1992 Leiter des Forschungsfeldes Umweltökonomie und Umweltpolitik am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin, Tel.: +49 30 8845940

E-Mail: [Ulrich.Petschow@ioew.de](mailto:Ulrich.Petschow@ioew.de),  
Internet: [www.ioew.de](http://www.ioew.de)



Copyright © 2012, IÖW und oekom Verlag. Die Nutzung des Artikels ist Abonnenten von Ökologisches Wirtschaften vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung des Artikels einschließlich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern nur mit Zustimmung der Redaktion von Ökologisches Wirtschaften (<http://www.oekologisches-wirtschaften.de>).